



mehr rechts. Eulenburg junior, der endgiltig das Ministerium des Innern angenommen hat, ist noch prononcierter Reaktionsär als sein längst beerlaubter Vorgänger Eulenburg senior; und Graf Stollberg-Wernigerode, der wahrhaftig — der Kaiser soll ihn dazu „kommandirt“ haben — Vizekanzler werden wird, ist nicht bloß politisch reaktionär, sondern auch — o Graus! — ein Gegner des Kulturkampfes und der liberalen Wirtschaftspolitik. Kein Wunder, daß die Nationalliberalen wie aus dem Häuschen sind und schon das Schreckgespenst einer ultramontan-schutzöllnerisch-conservativen Reichsregierung Fleisch und Blut annehmen sehen. Uns ist es natürlich höchst gleichgültig, ob wir unter nationalliberaler oder anderer Firma unterdrückt werden. Wir freuen uns bloß der sich so rapide vollziehenden Herabsetzung in den obersten Regionen. Charakteristisch ist, daß die Nationalliberalen sich jetzt über „Hausrechtsbehandlung“ beschweren, dabei ganz vergessend, daß man stets nur so behandelt wird, wie man sich behandeln läßt. Graf Stollberg wird wohl dafür zu sorgen wissen, daß Fürst Bismarck ihm gegenüber seine Nerven in der Gewalt hält — nöthigenfalls, meinte ein Freund Stollberg's, „würde er ihm persönlich zu Leibe gehen.“ Diese preussischen Junker lassen sich nicht ein — Paster traktiren; und Graf Stollberg, der einer der ältesten Adelsfamilien entstammt und kolossal reich ist, sieht auf Bismarck herab — nicht umgekehrt.

Beiläufig erblickt man in Stollberg den „künftigen Reichsfanzler“. Denn daß es mit der Bismarck'schen Herrlichkeit auf immer zu Ende ist, das haben nachgerade alle Parteien im Reichstag und preussischen Landtag begriffen. Bismarck wird noch im Amt bleiben, bis „ein gewisses Ereigniß“ eintritt, von dem man sich in die Ohren raunt, und dann ist's aus. Diese Frist wird er zu verschiedenartigen genialen Experimenten benötigen, durch welche die Herabsetzung beschleunigt wird. Namentlich auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Politik.

Von einer Auflösung des Reichstags wird wieder gemunkelt. Wir glauben indes nicht daran. Die Nationalliberalen werden sich wohl hüten, es zum Reuhersten zu treiben; und andererseits hätte Bismarck von einem Appell an das Volk zum Behuf der Steuererhöhung („Ich brauche 300 Millionen Mark mehr.“ Merke dir's, Volk!) kein günstiges Resultat zu erwarten. Vermuthlich werden die Nationalliberalen in letzter Stunde noch ihre „constitutionellen Garantien“ und den übrigen Plunder fahren lassen, und „in den Pott springen“ — das heißt ein paar Ministerposten ohne Bedingungen annehmen. „Hunde sind wir ja doch“, und wenn die Fußtritte nur einmal nicht zu vermeiden sind, dann absolvirt man sie doch lieber hinter dem grünen Tisch und im feinstüblichen Ministerhotel, als auf den etwas harten Lederstühlen des Reichstags. — Herr Falk, dem Fürst Bismarck die seidene Schnur in Gestalt einer Zwangs-Krankheit auf Hügeln eines gestügelten Wortes zuschickte, soll vor Schreck wirklich krank geworden sein. Der gute Mann mag sich aber trösten. Wird der Kulturkampf offiziell eingestellt — und der Brief des Papstes an Kaiser Wilhelm ist die Einleitung dazu — dann ist nicht er der Geschlagene, sondern ein höherer GK.

Nach den letzten Berichten ist nun auch für den unglücklichen Thronen-Campagna ein Nachfolger gefunden in der Person des Berliner Oberbürgermeisters Hübner, eines ehemaligen „Alliberalen“, der aber sehr konservativ geworden sein soll. Die Nationalliberalen haben am Sonnabend bei der ersten Lesung des Nachtragetatgesetzes, welches vor Thorschluß ins Abgeordnetenhaus geworfen wurde, sich gegen die Regierungsvorlage, dieses neueste Kind der Bismarck'schen Nerven, erklärt; es fragt sich nun, ob ihre Entschlossenheit die zweite und namentlich die dritte Lesung überdauern wird. — Das Zustandekommen des Congresses ist fraglicher als je. Die Klust zwischen Oesterreich und England einer- und Rußland andererseits erweitert sich von Tag zu Tag, so daß sehr bald selbst eine Vertagung des Congresses kaum mehr möglich sein dürfte.

„Der Neffe als Onkel“. Graf Eulenburg, der Neffe des Grafen Eulenburg, des früheren Ministers des Innern in Preußen, ist zum Minister des Innern ernannt. Daß dieser Neffe die Rolle des Onkels sehr gut spielen wird, dafür bürgt seine hochkonservative Gesinnung. Diese Ernennung ist ein klatschender Schlag in die Gesichter der Nationalliberalen; ob dieselben davon roth werden, möchten wir bezweifeln, da sie allzusehr an Schläge gewöhnt sind.

In der Reichstags-Sitzung vom 21. März verhandelten die Abgeordneten über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren. Genosse Most erklärt sich gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, da er nicht weit genug gehe. Mit Freuden begrüßt er es, daß die Regierung endlich eingesehen habe, daß das Prinzip des laissez aller und laissez faire sich nicht auf die Dauer durchführen läßt und daß es eben nur zu einem Geben und Machen-Rassen des Schwindels und Betruges führt.

## Die Lage der ländlichen Arbeiter in Bosien.

(Fortsetzung.)

Das Brod besteht aus Roggen- und Gerstenschrot, welcher mittelst zweier Schleifsteine in jeder Familie hergestellt wird. Dadösen kennt man selten; gebaden wird das Brod in Kuchenform auf der Kochplatte, und wie unvollkommen dies geschieht, kann man daraus ersehen, daß ein solcher Kuchen in der Dose und dem Umfang eines tiefen Tellers 1 1/2 bis 2 Pfd. schwer ist, während ein gleiches Stück guten Brodes nur 1/2 bis 3/4 Pfd. wiegt. — Zu Mittag giebt es natürlich wieder Schur oder eine Mehlsuppe mit Kartoffeln, Abends dergleichen. Fleisch kommt nur dann auf den Tisch, wenn der Domänenbesitzer ein krankes Stück Vieh schlachten und das Fleisch per Pfund zu 10—15 Pf. verkaufen läßt.

Die Kleidung entspricht den kläglichen Verhältnissen, in welchen sich die Armen befinden. Eine grobkörnige Hose, zwei ditto Hemden, eine Kattun- oder Tuchweste und ein blauer Tuchrock, der nicht selten mehrere Generationen alt ist, bilden den Kleiderreichtum des Mannes. Am Samstag werden die Hemden gewaschen, während welcher Prozedur die Kinder, die in der Regel nur ein Hemd haben, nackt herumlaufen müssen. Der höchste Kleiderluxus beim Manne ist ein blauer Mantel, welchen er, wenn er den Besitz eines solchen im letzten Drittel seines Lebens erreicht hat, mit Stolz am Sonntag in die Kirche oder zum Markt des nächsten Städtchens umhängt. Den Sorgenbrecher in diesem elenden Dasein bildet der Branntwein; Mann und Weib, Kind und Greis ergöhen sich an ihm als dem einzigen Labfal, das ihnen hier auf Erden zugänglich ist. Selbst den Säuglingen wird er als etwas besonders Gutes eingeträufelt.

Und doch sind diese Gärtner noch beneidenswert gegenüber dem Stande von Proletariern, die die dritte Klasse ausmachen, es sind dies die Gesindelente, Schaffer (Bögge), welche die Aufsicht über die Pferdewächter, Ochsenwächter oder eine Abtheilung der Arbeiter führen. Sie rekrutiren sich aus den Knechten und

Wie man schließlich dahin kommen wird, das Publikum zu schützen, indem man nicht mehr gestattet, daß Milch, Brod, Bier und Fleisch ohne Controle auf den Markt gebracht wird, so müsse man dies um so mehr Waaren gegenüber thun, bei denen der Betrug so leicht sei. Durch die Vorlage aber werde das nicht erreicht; dadurch würde nur dem Betrage ein gesetzliches Rantelchen umgehängt. Die Garantie der Privatcontrole genüge nicht; das Publikum sei nicht im Stande, die gesetzlichen Bestimmungen alle zu kennen, zumal da sich die Gesehmacherei zu einer Großindustrie emporgeschwungen habe. Man habe gewiß Rücksicht genommen auf die Händler, die Geljuden mosaischer und christlicher Confession, die man als Sachverständige zugezogen habe. Hätte man die Fabrikanten und Arbeiter gefragt, so hätten sich diese nach den Erfahrungen in anderen Ländern entschieden für den Regierungszwang und die Staatscontrole ausgesprochen. Most bittet die Commission, die Vorlage in diesem Sinne gründlich umzuarbeiten. — Es folgen einige unwesentliche Petitionsberathungen. — Der Reichstag wird sich in diesem Monat lediglich mit Staatsberathungen beschäftigen und dann im Monat April die Abänderungsvorlagen der Gewerbeordnung, nebst verschiedenen Anträgen, die aus der Mitte des Hauses eingebracht werden, berathen.

— Die Staatssozialisten gedenken nach Art der sozialistischen Zeitungen in Berlin ein „Arbeiterblatt“ in's Leben zu rufen. Der Gimpel, der in den Versammlungen so kläglich mißglückte, soll also auf diese Weise noch einmal versucht werden. Wir können selbstredend nichts dagegen haben, wenn den Herren „Arbeiterfreunden“ nach einem zweiten Mißerfolge geläutet, den sie auch so sicher einheimen werden, als es feststeht, daß die denkenden Arbeiter, auf die es ja allein ankommt, schon längst die Sozialdemokratie auf ihren Schild gehoben haben.

— Dem Sozialismus ist neuerdings eine Anerkennung zu Theil geworden, die erwähnt zu werden verdient. Der „Katholisch-Pol" (Katholischer Post), ein wendisches Blatt, hatte nämlich die Behauptung aufgestellt, daß ein Katholik aufhöre katholisch zu sein, wenn er der Sozialdemokratie beitrete. Dem trat ein Anonymus entgegen, indem er erklärte, daß er dem Katholizismus in keiner Weise entsagt hätte, gleichwohl aber mit vielen Fundamentalsforderungen des Sozialismus einverstanden sei. Daß der Sozialismus und Katholizismus sich scheiden wie Feuer und Wasser, wagen nur perfide Gegner des ersteren zu bezweifeln, um so bedeutungsvoller ist es daher, wenn ein „guter Katholik“ sich genöthigt sieht, den sozialdemokratischen Bestrebungen in der Hauptsache zuzustimmen, weil er sie als solche erkannt hat, was sie sind — als wahr und gerecht.

— Ein französischer Parteigenosse, Fr. St., beklagt sich in einer an uns gerichteten und in unsere Hände gelangten Zuschrift bitter darüber, daß ihm schon seit mehreren Monaten der „Vorwärts“ nicht zugegangen sei; er zweifelt überhaupt an der Richtigkeit, sozialistische Zeitungen aus Deutschland zu erhalten, und er habe Grund anzunehmen, daß drei zu Ende des verfloffenen Jahres von ihm an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandte Correspondenzen den Bestimmungsort nicht erreicht hätten. Die letztere Annahme ist richtig. Alles das liefert den den Beweis, daß die Bourgeoisrepublik in allen infamen Praktiken dem so jämmerlich verendeten Kaiserreich in nichts nachsteht.

— Der Inhalt des Friedensvertrages von San Stefano. Die Substanz des publizirten Friedensvertrages von San Stefano läßt sich, wie folgt, tabuliren:

Art. 1. Montenegro erhält Nikal, Zahko, Podgoriza und Nitivari. Art. 2. Montenegro wird unabhängig. Künftige Streitigkeiten unterliegen der schiedsrichterlichen Entscheidung Oesterreichs und Rußlands. Art. 3. Die neue serbische Grenze erstreckt sich bis Novi Bazar, Klein-Bjornik und Jafas. — Das Fürstenthum Abakaleh wird geschleift. — Das Fürstenthum Serbien wird für unabhängig erklärt. — Art. 4. Die muselmännischen Landbesitzer in dem ebirten Lande behalten ihren Besitz, welcher durch Andere gepachtet oder verpachtet wird. Art. 5. Rumänien wird unabhängig. Sein Recht zur Kriegsentfaltung wird anerkannt. Art. 6. Bulgarien wird ein autonomes Fürstenthum, mit tributärer christlicher Regierung. Es erhält eine Nationalmiliz. Seine Grenzen sind vor der Evaluation Rumeliens durch eine russisch-türkische Specialcommission festzustellen. Sie erstrecken sich vom Karadagh zur schwarzen Drina zum See Velsch, zur Mündung des Struma (Racassa) an der Seezähle bis zum Burugöl, zum Rhodope-Gebirge und Karadag-Balkan, zum Flusse Arda nach Tschirman, nördlich von Adrianopol bis Hafim-Tabiassi, am schwarzen Meere, von Mangalia südlich des Tattschka-Sandbichs zur Donau oberhalb Raggrad. Art. 7. Der Fürst von Bulgarien wird vom Volke gewählt,

Gärtnern; oft hilft ihnen zu dem Posten nicht eine besondere Kenntniß der landwirtschaftlichen Arbeiten, sondern ihre Bereitwilligkeit, ein Mädchen zu heirathen, daß der Brodherr oder sein Beamter vorher betrogen hat.

Ferner sind noch die Schäfer, der Postwächter, Schaf, Däsen, Pferdewächter und die Mägde. Grundfänglich werden nur verheirathete Leute in Dienst genommen; die etwa vorhandenen ledigen Gesindelente sind ältere Kinder der verheiratheten Domestiken, oder werden diesen in Kost gegeben. Beim Halten von verheiratheten Leuten hat der Brodherr eine größere Garantie für die Sehaftigkeit derselben und erspart die Auslagen für Küche, Köchin, Kochutensilien, Bettstellen, Betten, Licht, Brennmaterial u. s. w.

Bevor ich zum Aufzählen der Einkünfte eines Knechtes, als der zahlreich vertretenen Klasse der Domestiken, übergehe, erwähne ich noch, daß die Wohnungen allen Leuten gleich zugeheilt sind; nur der Schäfer, die Bögge, Schaffer erhalten die bequemer gelegenen, meist unter einem Dache mit dem Beamten oder in dessen Nähe, da sie dessen Generalkab bilden. Gemietet werden alle Domestiken ohne Abschluß eines besonderen Vertrages auf Grund des Gesetzes vom 8. November 1810 durch ein Mietgeld, welches bei den Vögten u. s. w. 6 Mark, bei den Knechten und Mägden 3 Mark beträgt. Dieses Gesetz ist durch die Gewerbeordnung nicht aufgehoben und enthält eigentlich nur Pflichten und Strafordnungen für das Gesinde, aber keine Rechte. Der § 77 gestattet sogar die Prügelstrafe; diese aber ist doch noch eingeschränkt, wenn auch durch die sehr dehnbare Bemerkung: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn u. s. w.“; toller aber ist der § 78. Dieser besagt:

„Nach solche Ausdrücke und Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der geringschätzung anerkannt sind, Begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen.“

von der Forste befristet und bedarf der Genehmigung der Großmächte. Kein Mitglied der regierenden Dynastien der Großmächte ist wählbar. Eine Notabelnversammlung wird unter Aufsicht russischer und im Beisein türkischer Commissäre eine neue Landesorganisation entwerfen, gemäß der Donaufürstenthümer. Die Einführung derselben wird während 2 Jahren durch einen russischen Commissär überwacht. Nach dem ersten Jahre können im Falle Uebereinstimmens Specialdelegirte anderer Mächte dem Commissär beigegeben werden. Art. 8. Die türkischen Truppen verlassen Bulgarien. Die dortigen Festungen werden geschleift; das Kriegsmaterial und das Staatseigenthum verbleibt der Türkei. Bis zur Formation einer Nationalmiliz, voraussichtlich während 2 Jahren, verbleiben russische Truppen in Bulgarien. Art. 9. Die Höhe des bulgarischen Tributs ist später durch Uebereinstimmen der Mächte festzusetzen. Art. 10. Die Türkei ist berechtigt, die Straßen der Bulgarei zu benutzen mit bestimmten Restriktionen. Art. 11. Die Verhältnisse des Landbesitzes der Ruselmänner werden analog den hierüber für Serbien getroffenen Bestimmungen geordnet. Art. 12. Die Donaufestungen werden geschleift; die internationale Commission der unteren Donau bleibt intakt. Art. 13. Die Forste stellt die Schiffbarkeit der Sulina-Mündung her. Art. 14. In Bosnien und der Herzegovina werden Reformen eingeführt in Gemäßheit des Vorschlages der Mächte in der ersten Sitzung des Konstantinopeler Conferenz, jedoch mit solchen Modifikationen, wie dieselben unter Oesterreich, der Türkei und Rußland verabredet werden. Art. 15. Betrifft die Verbesserung der Zustände in Kreeta, Epirus und Thessalien. Art. 16. Bezieht sich auf die Schugmaßregeln der Türkei für Armenien gegen die Kurden und Tcherkesen. Art. 17. Für die in den letzten Ereignissen compromittirten türkischen Unterthanen wird volle Amnestie gewährt. Art. 18. Die Türkei regulirt die persisch-türkische Grenze und zieht bezüglich Khotur's die Ansicht der vermittelnden Mächte in Betracht. Art. 19. Die Kriegsentfaltung beträgt 1410 Millionen Rubel. Davon werden für ebirte Territorien 1100 Millionen Rubel angerechnet. Gebirt wird das Sandbich Tattschka, wobei sich Rußland das Recht des Austausch gegen den im Jahre 1856 ebirten Strich Bessarabiens vorbehält. Gebirt werden ferner (in Asten) Ardaban, Rars, Sojadid, Batum und das Land bis zur Kette des Soghanli-Dag. Art. 20. Betrifft die Abwicklung von streitigen Angelegenheiten russischer Unterthanen. Art. 21. Enthält sekundäre Bestimmungen bezüglich der Verhältnisse von Einwohnern in den ebirten Territorien. Art. 22. Sichert den Mönchen vom Berge Athos und den russischen Pilgern Schutz zu. Art. 23. Die früheren Verträge bezüglich des Handels u. s. w. werden wieder hergestellt. Art. 24. Der Bosphorus und die Dardanellen bleiben in Friedenszeiten den Handelsschiffen offen. Art. 25. Die russischen Truppen räumen die europäische Türkei, Bulgarien ausgenommen, in 3 Monaten, die asiatische Türkei in 6 Monaten nach Herstellung des definitiven Friedens. Art. 26. Enthält provisorische Bestimmungen bezüglich der Verwaltung der okkupirten Territorien bis zu deren Räumung. Art. 27. Die Forste verpflichtet, türkische Unterthanen wegen etwaiger Beziehungen zur russischen Armee nicht zu verfolgen. Art. 28. Enthält Bestimmungen über die Freigabe der Kriegsgefangenen. Art. 29. Die Ratifikationen der Friedenspräliminarien sollen binnen 14 Tagen in Petersburg ausgetauscht werden.

Welche Gesetzesunterschiede oft selbst höhere Beamte an den Tag legen, das beweist nachstehendes rectificirendes Circular der Königl. Regierung zu Schleswig an sämtliche Landrathsämter und selbstständigen Polizeiverwaltungen der Provinz Schleswig-Holstein. Auf dieses Circular hat auch der Abgeordnete Hasenclever Bezug genommen, als er das Auftreten der Polizei bei der Wahl im 6. Schleswig-Holsteinischen (Otterßen-Pinneberg) Wahlkreise am 13. März im Reichstage einer längeren und scharfen Kritik unterzog. Das sehr bezeichnende Circular lautet:

„Schleswig, den 26. Januar 1877.“

„Auf die berichtliche Anfrage vom 9. d. M., Journ. Nr. 15248, betreffend sozialdemokratische Agitationen, erwidern wir dem Königl. Landrathsamt, daß dem vorgelegten Circular vom 5. d. M. zum Grunde liegende Auffassung der in Betracht kommenden Bestimmungen des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 und der Gewerbeordnung nicht für richtig erachtet werden kann.“

„Nach § 43 der Gewerbeordnung bedarf nur derjenige, welcher gewerbmäßig Druckschriften u. s. w. vertheilen will, dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde resp. eines über diese Erlaubniß auszustellenden Legitimationscheins. Da es sich aber in vorliegenden Falle um ungewerbliche Verabfolgung von Druckschriften, also um nicht gewerbmäßige Verbreitung derselben handelt, wie solche eben der § 5 des Pressegesetzes, auf welchen das Circular des Königl. Landrathsamts

Die §§ 77 und 78 allein müßten die braven „Culturkämpfer“, wenn sie ein Atom von Wahrhaftigkeit in ihrer Handlungsweise hätten, veranlassen, eine Revision dieses Gesetzes vornehmen zu lassen.

Doch wenden wir uns zu den Einkünften des Knechtes; es erhält der

	Ochsen-	Schäfer-	Pferde-
	recht	recht	recht
1. Lohn pro Kalenderjahr	48,00	60,00	60,00
2. Mietgeld	3,00	3,00	3,00
3. freie Wohnung im Werthe von 18 Quadratruthen Gartenland, 90 Quadratruthen Acker,	30,00	30,00	30,00
4. 108 Quadratruthen, die im allgünstigsten Falle 75 Schfl. (Str.) Kartoffeln pro 180 Quadr.-R., also 45 Ctr. pro 108 Quadr.-R. bringen; davon ab Saat 5 Ctr., bleiben zum Consum 40 Ctr. à 2 Rl.	80,00	80,00	80,00
5. 14 Schfl. Roggen à Schfl. 6 Rl.	84,00	84,00	84,00
6. 4 Schfl. Weizen à Schfl. 7 1/2 Rl.	30,00	30,00	30,00
7. 2 Schfl. Erbsen à Schfl. 6 Rl.	12,00	12,00	12,00
8. 4 Schfl. Gerste à Schfl. 6 Rl.	24,00	24,00	24,00
9. Nutzen von 6 Mähnern = 6 Schod Fiern à Rl. 1,50	9,00	9,00	9,00
10. Durch den Verl. von 4 Henseln à 2 Rl.	8,00	8,00	8,00
11. Nutzen von 1 Kad bei freiem Fatter: 365 Liter Milch à 8 Pf.	26,80	26,80	26,80
12. Heizmaterial in Reichtholz	30,00	30,00	30,00
	Rl. 384,80	396,80	396,80

Vorstehende Posten sind noch hoch gegriffen. Ehe wir uns aber zu der Frage wenden, wie bringt es eine Familie fertig, mit diesen Mitteln zu existiren, wollen wir noch einige erläuternde Bemerkungen an die einzelnen Positionen knüpfen.

Der Gesindelohn wird selbstverständlich postnumerando vierteljährlich ausgezahlt. Mit Hängen und Bangen statt mit Freuden sieht dem Quartalschluß der Mann entgegen; zunächst ist er

hinweist, zum Gegenstand hat, so fehlt es an einem gesetzlichen Grunde, für diesen Betrieb ebenfalls die polizeiliche Genehmigung als erforderlich zu bezeichnen. Es kann in dieser Beziehung um so weniger ein Zweifel obwalten, als die Verhandlungen des Reichstages über das Pressegesetz ergeben lassen, daß der dem Reichstage vorgelegte Entwurf desselben zwar eine Bestimmung enthielt, welche auch für die nicht gewerbliche Verbreitung von Druckschriften die polizeiliche Erlaubniserteilung zur Bedingung machte, diese Bestimmung jedoch sowohl von der resp. Commission als auch vom Reichstage abgelehnt worden ist.

Hiermit steht selbstverständlich die im § 5 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 den Polizeibehörden erteilte Befugnis, die nicht gewerbliche öffentliche Verbreitung von Druckschriften aus dem in § 57 der Gewerbeordnung aufgeführten Gründen zu verbieten, nicht in Widerspruch. Es wird nur festzuhalten sein, daß, abgesehen von diesen Gründen, der übrige Inhalt, sowohl des § 57 wie der Gewerbeordnung überhaupt, für die Behandlung nichtgewerblicher Betriebe gar nicht in Betracht zu ziehen ist.

Als weitere Folge ergibt sich hieraus, für das von Seiten der Polizeibehörden den nicht gewerblichen Verbreitern von Druckschriften u. dergleichen zu beachtende Verfahren, daß die letzteren eines Legitimationscheins überall nicht bedürfen, ihnen ein solcher also auch nicht abgefordert werden kann, daß dieselben ferner hinsichtlich ihrer persönlichen Legitimation nur den allgemeinen, für Jedermann geltenden, gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, endlich, daß nicht sie zu nötigen sind, den Nachweis des Nichtvorhandenseins der Gründe, welche nach § 5 des Pressegesetzes resp. § 57 der Gewerbeordnung ein Verbot ihres Betriebes rechtfertigen würden, ihrerseits zu erbringen, sondern daß es Sache der Polizeibehörden sein wird, event. Thatsachen zu ermitteln, welche den angeführten Gesetzesstellen zufolge ein Verbot der nicht gewerblichen Verbreitung von Druckschriften u. dergleichen rechtfertigen.

Wir ersuchen das Königliche Landratsamt, die Wohlwollen nachgeordneten Polizeibehörden unter Berücksichtigung des Vorstehenden mit einer veränderten Instruktion zu versehen.

Königliche Regierung u.

An sämtliche Königliche Landratsämter, die Königliche Kreispolizeidirektion zu Burg a. S. und die Polizeiverwaltungen zu Altona, Kiel, Dömitz und Hensburg.

Ein solch derber Räffel ist wohl selten erteilt worden. Wir möchten unsere Parteigänger, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ und die „Kieler Volkszeitung“ auf das Circular besonders aufmerksam, da dasselbe die weiteste Verbreitung in Schleswig-Holstein verdient und bei den nächsten Reichstagswahlen uns zu Statten kommen dürfte.

Die Genossen Dreßbach und Dypenheimer traten am 17. d. M. in Etenkofen (Schweiz) in einer gut besuchten Versammlung auf. Der Erfolg muß ein durchschlagender gewesen sein, da das dortige gegnerische Lokalblattchen, so sich „Gegenwart“ benamte, an den beiden Referenten kein gutes Haar läßt. Öffentlich geht uns über die Versammlung ein Originalbericht zu.

Nachdem die Voruntersuchung gegen den Genossen Rost wegen der von ihm im Saale des Berliner Handwerkervereins gehaltenen Rede, betreffend den Massenaustritt aus der christlichen Kirchengemeinschaft, abgeschlossen worden, hat die Staatsanwaltschaft beim hiesigen Stadigericht gegen Rost die Anklage wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und Beleidigung evangelischer Geistlichen aus §§ 166 und 186 des Reichsstrafgesetzbuchs erhoben.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Helbig, ist Donnerstag den 21. März aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden.

„Erzgebirgische Freie Zeitung“, Volksblatt für die Städte Schneeberg, Reusbadel, Löhmitz, Aue, Eibenstock und Umgegend — so lautet der Titel eines neuen sozialistischen Parteiorgans, von welchem am 17. März die Probenummer ausgegeben worden ist. Für den 19. sächsischen Wahlkreis (Abg. Viebach) wird das Erscheinen des Blattes besonders von Wichtigkeit sein.

## Correspondenzen

New-York, den 1. März. Die Noth nimmt hier geradezu schreckenerregende Dimensionen an; Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind arbeits- und brotlos und diejenigen, welche sich noch in Arbeit befinden, müssen sich von Woche zu Woche Lohnreduktionen gefallen lassen. Während früher z. B. um der Eisenbranche zu erwähnen, ein gewandter Former oder Eisen-

nicht sicher, ob er seinen Lohn voll erhält; denn er hat einige Eggenzinten, ein Dutzend von dem ihm übergebenen Inventar verlohren, vielleicht hat er sich bei Anlaß eines Rechtsganges betrunken, oder es sind seine Hühner oder Gänse, sein Schwein oder seine Kuh auf das herrschaftliche Feld übergetreten. Für alle diese Vergehen hat er zwar gleich auf frischer That die maßlosesten Injurien in Worten wie in Schlägen erhalten; doch weiß er nicht, ob der „gnädige Herr“ ihm nicht noch eine Geldstrafe auferlegen wird. Dies geschieht in 10 Fällen sicher 9 Mal. 12 Mal erhält er 9 oder 6 Mal. Empört sich sein Herz gegen diese Gewaltthat, magt er irgend eine Aeußerung des Unwillens, dann bekommt er in Gegenwart seiner Kameraden zunächst einige Hiebe; denn der Herr ist noch frisch und unerschämmt, und wird, falls er muckt, ohne Weiteres aus dem Dienst gejagt und brevi manu mit Weib und Kind, mit Sad und Bad an die Luft geschickt. Er schweigt also und sucht sich durch Stehlen zu entschädigen. Uebrigens erhält der knecht obigen Lohnsatz um 12 Mal pro Jahr verkürzt, wenn er keinen Dienstboten hält, den er verpflichtet ist, täglich gegen einen Tagelohn von 5 Pf. weniger, als die freien Arbeiter gleichen Alters bekommen, in die Arbeit zu schicken; der Brodderer hingegen nimmt sich heraus, diese Menschen ohne Beschäftigung zu lassen, wenn er es für gut hält.

Die Wohnung besteht aus einer Stube von 18—20 Fuß Länge, 15—18 Fuß Breite und 7½—10 Fuß Höhe und einer dunklen Kammer, in welcher der Dienstbote des Knechtes schläft und in der die Vorräthe an Deputat, die Handmühle und allerlei Gerumpel aufbewahrt werden. Die Wohnstube bewohnen Vater, Mutter und die Kinder. Nicht selten kommt es trotz polizeilicher Vorschriften vor, daß noch eine zweite Familie in demselben Raum gesteckt wird; gewöhnlich dann, wenn ein Sohn oder eine Tochter, die als Knecht oder Magd dienen, heirathet. Bis zur Ankunft des ersten Kindes werden die Leute bei ihren resp. Eltern untergebracht. (Schluß folgt.)

gisher täglich 2½ bis 3 Dollars und ein Tagarbeiter 1½ bis 2 Dollars verdienen, müssen sie sich jetzt mit 1½ resp. 1 Dollar und darunter begnügen. Trotz alledem kümmern sich die Progen nicht im mindesten um die Noth des Volkes und sind bemüht, die Arbeit so billig als möglich zu erhalten und so theuer als thunlich zu verkaufen. Diesen Zweck erreichen sie am besten durch die Gefängnisarbeit, mit welcher der „freie“ Arbeiter unmöglich konkurriren kann. Die Firma Berry u. Co. in New-York erließ vor Kurzem eine „Bekanntmachung“, die ich hiermit unter Hinzurechnung der echt amerikanischen Markttheorie im Auszuge mittheile:

Wir, die Unterzeichneten, sind für den Zeitraum von fünf Jahren mit dem Staat New-York für die Beschäftigung von Reunhundert Sträflingen

in Contract getreten und werden dieselben in allen Zweigen mechanischer Arbeiten, welche zur Fabrication von Oesen, Ranges, heiße Luft-Oesen, Hohlwaaren, Zinn- und Eisenblechwaaren, plattirte Nidelwaaren u. s. w. erforderlich sind, verwenden.

Mit Hinzurechnung von einhundert bürgerlichen Arbeitern werden ein Tausend Mann an jedem Arbeitstage im Jahre in der bestergerichteten und ausgedehntesten Eisengießerei der Welt beschäftigt werden.

Die nationale Oesen-Association hat in feierlichem Conclave erklärt, daß ihre Mitglieder mit uns hinsichtlich des Preises nicht konkurriren können, und hat ihre erfahrene Präsident angerathen, daß „solche Fabriken, welche sich den bestehenden Verhältnissen nicht zu fügen im Stande seien“, besser thäten, sich vom Geschäfte gänzlich zurückzuziehen. Unsere Konkurrenten sind von einem solch panischen Schrecken übermannt, daß sie mit dem Gedanken umgehen, bei der Legislatur um Passirung eines Special-Gesetzes zu ihren Gunsten einzukommen. Dieser Bewegung müssen eraste Umstände zu Grunde liegen, welche zu untersuchen den Oesenkäufern anheimgegeben wird.

Seit mehreren Jahren sind wir, in Gemeinschaft mit anderen Fabrikanten der Umgegend, dem empörenden Despotismus der Moulder Union unterworfen gewesen, welche uns bei einer Aussicht, unsere Werke in Folge eines „Strikes“ schließen zu müssen, zwangen, bei 25 bis 50 Proz. mehr für unsere Arbeit zu bezahlen, als in anderen Theilen des Landes üblich war. Außerdem wurde uns diktatorisch anbefohlen, wenn wir beschäftigen, und wenn wir nicht beschäftigen dürften: Das Resultat dieses Krieges gegen den „Freihandel“ war ein nach Millionen zu berechnender Verlust für die hiesige Geschäftsgegend und nebenbei ein direkter Schaden für das Publikum, welches gezwungen war, „Kriegskosten gleiche Preise“ für Oesen zu bezahlen.

Wir betrachten uns als das Instrument, alle diese Unzulänglichkeiten zu einem Ende zu bringen. Die Kosten der Herstellung von Oesen im Allgemeinen sind auf eine vernünftige Basis zurückgeführt und wir selbst haben uns entschlossen, daß das Publikum den vollen Antheil an diesen verbesserten Zuständen haben soll.

Es folgt nun eine lange Reklame, welche ich hier weglassen. Diese schamlose und in der höchsten Weise abgesetzte Proklamation bedarf keines Commentars, weil jeder denkfähige Mensch aus derselben den nackten Egoismus der Kapitalisten herauslesen kann. Eine Frage wird aber an dieser Stelle am Platze sein und zwar: Wer ruiniert die kleinen Geschäftsleute, die den Konkurrenzkampf nicht aushalten können, der „hohe Lohn“ der Arbeiter oder der Egoismus der Kapitalisten? Derjenige, der reell arbeiten will, kann mit der Gefängnisarbeit unmöglich konkurriren. Die Staaten werden mit den Produkten von Sing-Sing (Staatsgefängniß im Staate New-York) überfluthet, die Eisen-Industrie wird gehemmt und während 900 Sträflinge im Interesse einer Firma zu Spottpreisen arbeiten, hungern „eben-soviele“ freie „Arbeiter“. Die gewöhnlichen Oesen erzielten hier den Preis von 15 Dollars per Stück, während die durch die Gefängnisarbeiter erzeugten mit fünf Dollar auf den Markt geworfen werden, für welchen Preis sie außerhalb des Gefängnisses unmöglich hergestellt werden können.

Ferner kann ich Ihnen mittheilen, daß am 1. März in New-York 200 Arbeiter, welche bei der „Anchor Line“ beschäftigt waren, die Arbeit niederlegten. Sie erhielten seither 30 Cent (= 1 M. 20 Pf.) pro Stunde. Der Durchschnitts-Wochenlohn belief sich auf 9 Dollar. Während der letzten Zeit war die Arbeit so unbeständig, daß in manchen Fällen nur 2 bis 3 Dollar per Woche verdient wurden. (Ein Dollar gleich 4 Mark.) Außerdem ist die Arbeit eine äußerst anstrengende; vier Mann hatten z. B. 250 Tonnen Kohlen (= 5000 Ctr.) in 10 Stunden zu schaufeln. Außerdem kam an manchen Tagen nur ein Schiff, an andern zwei bis drei Schiffe an, so daß die Hälfte der Arbeiter beständig ohne Beschäftigung war. Trotz diesen schlimmen Verhältnissen reduzirte die Compagnie die Löhne von 30 auf 20 Cents per Stunde, wodurch der Durchschnitts-Wochenlohn auf 7 Dollar gesunken wäre. Da die Leute mit diesem Lohne nicht leben konnten, legten sie alleammt die Arbeit nieder. Die Compagnie engagirte sofort gegen 300 Arbeiter; diese werden jedoch bald wieder entlassen werden müssen, weil 16 in der Arbeit unerfahrene Männer kaum so viel zu leisten im Stande sind als vier alte geübte Arbeiter. Eine Zeit lang wird die Compagnie freilich aushalten und lieber ziemliche Geldopfer amenden als nachgeben. Hoffentlich wird sie aber durch die Entschlossenheit der Arbeiter schließlich doch zum Nachgeben gezwungen werden.

In Folge der Einstellung der Kohlenproduktion seitens der Besitzer fast sämtlicher Anthracit-Kohlenfelder sind jetzt 40 bis 50,000 Arbeiter brotlos.

Wie überall sind auch die amerikanischen „Arbeitgeber“ bemüht, den Arbeitstag zu verlängern. Als Gegengewicht gegen diese ausbeuterischen Bestrebungen wird von den Arbeitern eine von Jehntausenden von Unterschritten bedeckte Eingabe der Legislatur (gesetzgebender Körper) vorgelegt werden, welche die gesetzliche Einführung eines bloß neunstündigen Arbeitstages verlangt. Es thut wirklich außerordentlich noth, daß sich das arbeitende Volk vereinige, endlich einmal das Joch mit vereinter Kraft abschüttle und das Parasitenthum, welches sich von seinem Schwelche nähret, unschädlich mache.

Stettin, 7. März. Am in die, durch die „Zielowski-Affaire“ schon seit längerer Zeit andauernde Verfahrenheit und Gedrücktheit unserer hiesigen sozialen Bewegung einigermaßen Broche zu legen, hatten wir zu gestern Abend eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Massenaustritt aus der Landeskirche“ einberufen, welche sehr gut besucht war. Nachdem Herr Jentzsch, Tischler, das Referat in Anlehnung an die Berliner Vorgänge in einständiger glänzender Rede zur großen Zufriedenheit der Anwesenden erledigt hatte, versuchte Herr Reisprediger (für innere Mission) Färer, welcher den anerkannten werthen Rath besitzt, bei religiösen Fragen uns stets entgegenzutreten, den Referenten zu widerlegen, so wie einige „Wäglichtsvereiner“, „Freunde des Reiches Gottes“, „Apostolische“ oder wie sie sich sonst nennen mögen, mit scheinheiligen Augenverbrechen vor dem „gänzlichen Abfall“ zu warnen. — Der Antrag zur Wahl einer Kommission, welche den Austritt aus der

Kirche vorbereiten soll, wurde mit großer Majorität angenommen (dagegen natürlich die „Frommen“). Das Schlußtableau bildete „das Ausrufen Zielowski's, welcher seinen Uebergang zum Renegatenhum (spec. zu den Frommen) öffentlich dokumentirte, indem er ausführte: Ein Wechsel auf den Himmel erschiene ihm sicherer als einer auf Marien. Daß eigenthümliche Gefühle uns bewegten, als wir den Mann, welcher jahrelang gegen die „Pflaffen“ geeifert, nun öffentlich für dieselben Partei nehmen sahen, bedarf wohl keiner Erwähnung; Andrufe des Erstaunens, des Abscheus, und der Verachtung begleiteten seine Rede. — Trotz dieser öffentlichen Hohnenlust sehen wir doch jetzt und immerdar treu und fest zur Fahne der Sozialdemokratie! Sie lebe hoch!

Frankfurt a. O., 12. März. In dem vor einigen Tagen dem „Vorwärts“ zugegangenen Bericht über die von Grüneberg und Käster einberufene Versammlung zur Gründung einer Wittgensteinschen christlich-sozialen Partei war angeführt, daß die Parteigenossen eine weitere Versammlung einberufen würden, und genannten Herren die Meinungäußerung der Frankfurter Arbeiter etwas deutlicher zu beweisen. Diese Versammlung fand Montag den 11. d. Abends 7½ Uhr im Saale des „Volksgartens“ statt. Punkt 8 Uhr war der Saal derart gefüllt, daß an Vor- oder Rückwärtsbewegungen nicht mehr gedacht werden konnte. Ueber 1000 Personen hatten sich trotz strömenden Regens eingefunden. Genosse O. Siegerist leitete die Versammlung ein mit dem Hinweis auf den Verlust, den die Partei durch den Tod unseres Genossen Heinsch in Berlin erlitten, und ehrte die Versammlung das Andenken an den Verbliebenen durch Erheben von den Sitzen. In 1½ stündiger Rede beleuchtete nun Siegerist das Programm unserer Partei und kritisirte dasjenige der „Christlich-Sozialen“. Er führte an der Hand der Geschichte unserer Partei den Beweis, daß, da keine Mittel bisher verlangt wurden, den Sozialismus zu ideothen, die neue Partei gegründet wurde, um die sozialistische auseinanderzuprennen. Bei Beleuchtung unseres Steuersystems, der Unterrichtsverhältnisse, so wie der Frauen- und Kinderarbeit, wobei sich Redner ganz besonders an die Frauen wandte, welche in hier noch nicht dagewesener Stärke vertreten waren, ist mancher armen Hausfrau ein anderes Licht aufgegangen, als sie bisher hat leuchten sehen. — Die Bourgeoisie war stark vertreten, ebenso hatte sich die Pfaffen-garde eingefunden, welche sich aber nur an den Eingängen des Lokals postirte. Die Avantgarde der Schwärzen, nämlich Käster und Grüneberg, ist jedenfalls herbeitelegraphirt worden, und war Käster der Erste in der Debatte. Die Arbeiter Frankfurts mögen aber wohl von seinen Beleuchtungsversuchen nicht derart erbaut gewesen sein, wie er erwartete, denn die Entrüstung über das blöde und provozirende Geschwätz machte sich Luft. Unser Polizei-Inspektor vermahnte wahrscheinlich eine ernste Gefahr für unser Staatsschiff, denn er drohte mit Auflösung, wenn die Ruhebrüngen fort dauern würden. Genosse Siegerist forderte die Versammlung auf, in ruhiger Weise, wie das bisher immer Sitte gewesen, jeden Gegner anzuhören, was auch geschehen wäre, wenn der Polizei-Inspektor es nicht für gut befunden hätte, „wegen Beschönigung seiner Person“ die Versammlung plötzlich aufzulösen. — Eines weiteren Commentars bedarf dieses Verfahrens jedenfalls nicht; der Sozialismus ist nun in Frankfurt mautetodt gemacht — wenn nicht die am Sonnabend den 16. d. stattfindende Volksversammlung das Gegentheil beweisen wird. Nur so fortgefahren, es wirkt nichts agitatorischer für unsere Partei, als gerade diese Mittel.

Sorau N. L. Mittwoch, den 6. März cr., fand hier selbst eine von dem früheren Redakteur des „Neuen Sozialdemokrat“, Herrn Käster, und von dem früher in München und Stuttgart gewesenen sozialdemokratischen Agitator, Herrn Grüneberg, einberufene öffentliche Arbeiterversammlung statt, zu welcher „alle diejenigen, welche ein warmes Herz für die Arbeiter haben“, eingeladen worden waren. Selbstredend hatten sich die Arbeiter auch massenhaft eingefunden, um die beiden Renegaten persönlich kennen zu lernen und ihnen die gebührende Abfertigung zu Theil werden zu lassen, zu welchem Zweck Genosse Paul aus Berlin erschienen war. Allein die Sache wurde vereitelt, denn die Herren, welche „ein warmes Herz für das Wohl der Arbeiter“ zu haben vorgeben, glaubten als Einberufer auch den Borsth führen zu müssen. Aus, die wir die überwiegende Majorität hatten, wollte dies aber nicht einsehen und wir protestirten gegen diesen Terrorismus entschieden. Als sich Herr Paul und Herr Hugo Schmidt aus Forst N. L. zum Wort gemeldet hatten, schlossen die Herren, welche „für das Wohl der Arbeiter sorgen wollten“, die Versammlung „schleunigst“. Es ist nicht unsere Abicht, Jemandes Fehler aufzudecken, aber wer öffentlich vorgiebt, für das Wohl der Arbeiter sorgen zu wollen, der darf sich privatim nicht Dinge zu schulden kommen lassen, die das Gegentheil von Arbeiterfreundlichkeit beweisen. So soll unter Andern ein Vorstandsmittelglied des hiesigen Lokalvereins der christlich-sozialen Arbeiterpartei ein solch „warmes Herz für die Arbeiter“ haben, daß es Dienstmädchen körperlich züchtigt; ja, eine Arbeiterfrau hat das Nämlche von diesem „frommen“ Herrn erfahren müssen. Gegenwärtig steht dieser Herr wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung vor dem Staatsanwalt. Ihre Umgebung, Herr Hosprediger Stöder, wird immer netter! Wir gratuliren!

Die „Sorauer Zeitung“ wiegt sich in dem Glauben, endlich das Mittel gefunden zu haben, die Sozialdemokraten zu vertilgen, denn sie schreibt ganz vergnügt: Den Sozialdemokraten sith nun das Messer an der Kehle. Um das Gegentheil zu beweisen, hatten wir zu Sonntag, den 17. März cr., eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die christlich-soziale Arbeiterpartei.“ Genosse Alb. Paul hatte bereitwillig das Referat übernommen. Diese Versammlung war eine der besten, welche wir hier abgehalten haben, so daß Viele, ohne einen Pfad zu erhalten, wieder umkehren mußten. Von den Christlich-Sozialen hatte sich anscheinend Niemand eingefunden, denn eine Widerlegung der Ausführungen des Herrn Paul hat nicht stattgefunden. Wir müssen somit annehmen, daß gerade sie die Desertion scheuen, was sie uns so gern vorwerfen. Nur immer so weiter. Ihr Christlich-Sozialen, das Jahr 1880 wird den Beweis liefern, daß Ihr nur für uns gewirkt habt. — Die Versammlung verlief, wie immer, in der ruhigsten und schönsten Weise, so daß man zu der Annahme berechtigt ist, daß die vorgelommene Störung in der von den Christlich-Sozialen einberufenen Versammlung auf der anderen Seite zu suchen ist.

Deffau. Am 16. März fand hier eine öffentliche Gerichts-sitzung gegen die im vorigen Jahre insaffirten Direktoren der hiesigen „Gewerbebank“, Moriz Steindorff und Stadtrath Fiedler, statt. Die Beweisaufnahme ergab, daß dieselben Gelder der Bank in Höhe von 559,355 Mkr. zu spekulativen Zwecken in eigenwilliger Weise veruntreut hatten. Durch Vorlegung falscher Bilanzen und Angabe fingirter Conton hatten sie verstanden, das Kuratorium der Bank derartig zu täuschen, daß nicht ein einziges Mitglied desselben bis zum Tage der Katastrophe eine Ahnung vom Stande der Bank hatte. Im Jahre 1873 vertheilten sie auf Grund falscher Bilanz eine Dividende von 12 Proz., obgleich eine Unterbilanz von 29,492 Thln.

vorlag; 1873 als die Unterbilanz bereits auf 120,391 Thlr. gestiegen war, 10 Proz. Dividende, 1874 bei einer Unterbilanz von 403,762 Mfr. ebenfalls 10 Proz. Dividende, 1875 bei einer Unterbilanz von 476,958 Mfr. 9 Proz. Dividende, 1876 dagegen, als die Unterbilanz die Höhe von 559,355 Mfr. erreicht hatte, erglänzte keine Dividende mehr zur Verteilung. Fiedler, welcher flüchtig geworden war, stellte sich freiwillig. Steindorff wurde in Bremen, wo derselbe seit einem Jahre etabliert war, verhaftet. Der dritte Direktor der Bank, Eisele, hat sich der Bestrafung durch die Flucht entzogen. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren, wovon ein halbes Jahr der erlittenen Unterwerfung in Abrechnung kommen sollte, sowie 2000 Mfr. Geldstrafe für jeden der Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte auf je 4 Jahre Gefängnis, 2000 Mfr. Geldstrafe, sowie ein Viertel der entstandenen Kosten und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Die mitangeklagten beiden Buchhalter der Bank wurden freigesprochen.

Dem Recht wäre hiermit zwar Genüge geschehen, den vielen Kleinbürgern freilich, die die Sucht nach mühseligen und reichlichem Erwerb verleitete, den Betrügern ihre kleinen Kapitalien zur Verfügung zu stellen, denen ist damit nicht geholfen.

**Striegau, 16. März.** In einer, im Laufe des vorigen Monats abgehaltenen Schuhmacherverammlung wollten die „Liberalen“, welche die Majorität bildeten, dem Genossen Brud aus Göttha, welcher das Referat übernommen hatte, bloß eine Redezeit von 30 Minuten gewähren. Die Sozialdemokraten verließen in Folge dessen den Saal und die Versammlung mußte aufgelöst werden. Die „Liberalen“ waren außer sich vor Freude. Am 10. d. M. wurde wieder eine Volksversammlung einberufen, welche von mehr als 1000 Menschen besucht war und bei welcher die „Liberalen“ glänzend abgetrumpft wurden. In der letzten Stunde suchten die Herren den Wirth zu bereuen, und das Lokal zur Abhaltung der Versammlung nicht zu überlassen, weil Alles Neingelegenen werden könnte. Gegen Erlegung von 150 Mark Caution ließ sich der Wirth bewegen, und das Lokal zur Verfügung zu stellen. Als Referent war Herr Kapell erschienen, welcher sich seiner Aufgabe auch auf die glänzendste Weise entledigte. Folgende Resolution wurde fast einstimmig angenommen: „Die heute im Feldschloßchen tagende Volksversammlung ist mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Kapell vollständig einverstanden und erklärt, bei der nächsten Reichstagswahl nur einen Arbeiterkandidaten zu wählen.“ Eine beabsichtigte Tellerfassung wurde von der Polizei verboten. Gegner traten trotz Zusicherung unbeschränkter Redefreiheit leider nicht auf, es wollte sich keiner blamieren.

**Großenhain, 13. März.** (Zur Klarstellung.) Die „Erklärung“ unseres Parteigenossen Vollmar in Nr. 30 des „Vorwärts“ zwingt uns zu folgender Klarstellung. Zunächst sei constatirt, daß durch eine redaktionelle Bescheidung resp. Versetzung mehrerer Sätze unserer Correspondenz d. d. 25. Februar, dieselbe eine ihrer ursprünglichen Bestimmungen nicht ganz entsprechende Form erhalten hat. (Ohne Absicht der Redaktion; die ursprüngliche „Form“ war noch bedeutend schärfer. R. d. B.) In dieser „corrigirten“ Form kehrt sich allerdings die Spitze allen Unwillens gegen Genossen Vollmar, was wir jedoch keinesfalls beabsichtigten, da uns — wie selbst Genossen Vollmar bekannt ist — von der andern Seite weit größerer Schaden zugefügt wurde. Zu weiterer Genugthuung befähigen wir, daß der Wortlaut des Vollmar'schen Telegramms folgendermaßen lautet: „Durch Schuld hiesiger Genossen Zug veräumt. Kommen unmöglich.“ Dasselbe ist auch in der betreffenden Versammlung wörtlich bekannt gegeben worden. Bedauerlicherweise hat uns zwar die unvollkommene Wiedergabe des Telegramms den leicht begreiflichen Mißmuth unseres von uns sehr geachteten Genossen Vollmar zugezogen; doch kaum daß uns etwas Böses betroffen, erwartet uns im Hintergrunde schon etwas Gutes, um die geschehene Unbill vergessen zu machen. So provozierte der nicht wörtliche Abdruck obigen Telegramms die „Erklärung“ Vollmar's, die uns nun am Orte die trefflichsten Dienste leistet. Hiesige Gegner colorirten nämlich in Bezug auf die Jugoverpöschung nicht ohne Absicht die Bemerkung: „Man werde in Wittweida höchstens gefreinet haben.“ Durch die Vollmar'sche „Erklärung“ ist nun der perfide Klatscherei jener „Herren“ die Spitze abgebrochen und auf diese Weise Genossen Vollmar selbst erst die rechte Genugthuung geworden. Im Auftrage der Großenhainer Parteigenossen: Fr. Geier.

**7. Gohlis, 15. März.** Das am vergangenen Sonntag abgehaltene 4. Stiftungsfest des hiesigen Arbeitervereins gestaltete sich zu einem wahren Volksfeste. Der große Saal des neuen Gasthofes war gefüllt von den Festgenossen aus dem hiesigen Orte wie aus Stadt und Umgegend. Bald nach 1/4 Uhr begann das Concert; erfreuten sich schon die Musikstunde, welche von der Hüller'schen Kapelle ausgeführt wurden, reichen Beifalls, so war dies noch weit mehr der Fall mit den Gesängen, welche von dem Gesangsverein Frohmann aus Stötteritz vorgetragen wurden, die aber auch den gespendeten Beifall reichlich verdienten. Eine recht günstige Aufnahme fanden auch die beiden Deklamationen: Ein Theil aus „Briny“ und Herwegh's „Bei und Arbeit“. Nachdem das Concert beendet, wurde vom Vorstand ein Brief von Demmler verlesen, in welchem er sein Rückerschreiben entschuldigt und den Festgenossen die besten Grüße übersendet. Dann folgte die Bestrebe vom Reichstagsabgeordneten Liebknecht. In gewohnter, spannender Weise löste derselbe seine Aufgabe und wurde von den Zuhörern mit rauschendem Beifall belohnt. Wahrhaft ergreifend wirkte die von ihm eingesprochene Schilderung einer Episode aus der Communezeit, nach der in Frankreich unterdrückten Novelle Gladel's, eines französischen Schriftstellers. Der Titel der Novelle ist: „Revanche“ und wollen wir hier in kurzen Zügen den Inhalt wiedergeben. Ein gemächlicher Ingenieur findet bei einer Eisenbahn eine Stelle als Lokomotivführer und als solchem gelingt es ihm einst, ein junges Mädchen vom Tode zu retten und wird dasselbe seine Frau. Nach kurzer glücklicher Ehe kommt der Krieg, und die Zeit der Commune findet ihn als Chef eines Bataillons der Communards. Die letzten Tage der blutigen Waiwoche sind gekommen und er kämpft wacker mit den Seinen für die Freiheit. Zuletzt ist er mit seinem Bataillon auf dem Kirchhof Père la Chaise. Von den 300 Mann seines Bataillons, die hinzogen — der Rest war in den früheren Kämpfen aufgerieben worden — sind noch 90 übrig, die andern liegen todt oder verwundet auf dem Plage; ein Parlamentair der Versailler bringt die Aufforderung zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade mit einer halben Stunde Bedenkzeit. Waffen und Munition werden überzählt und der Beschluß gefaßt, zu kämpfen bis auf den letzten Mann. Die halbe Stunde naht ihrem Ende, da stürzt ein junges Weib herbei, einen Säugling auf den Armen: es ist die Frau des Commandanten. Gefangen von den Versaillern, hatte man sie mit andern Männern, Weibern, Greisen, Kindern an die Mauer gestellt, um sie zu erschießen. Die Salve tracht, sie sinkt hin: doch bald fühlt sie, daß sie nicht getroffen worden, sie rafft sich auf, eilt fort zu ihrem Manne, um an seiner Seite für die gute Sache

zu sterben. Nun aber soll das dem Tode geweihte Kind, das noch seinen Namen hat, schnell getauft werden. Welchen Namen soll es haben? Wie aus Einem Munde erscholl es von den Reuzigen: „Revanche!“ — Die halbe Stunde ist um, die Versailler machen sich schafffertig. Da durchblüht ein Gedanke das junge Weib: „Ihr müßt sterben, ruft sie dem Gatten und seinen Freunden zu, ich aber muß fort, ich muß das Kind retten, das Kind muß leben, leben für die Revanche, für die Rache, die Sühne!“ Also, fuhr Redner weiter fort, sei es auch unsrer nachfolgenden Jugend bestimmt, das begonnene Werk zu vollenden und Sühne zu erlangen für die an der Menschheit begangenen Frevel: Sühne durch vollständige Umgestaltung des Staats und der Gesellschaft auf der einzig dauerhaften Grundlage: Gerechtigkeit. Aber an uns ist es, dafür zu sorgen, daß dem kommenden Geschlecht die Bahn geebnet wird. Wir dürfen nicht müßig sein und es nicht diesem nur überlassen, sondern müssen fort und fort wirken für die Aufklärung unter dem Volke; dieses nun sei auch das Streben der Arbeitervereine und deshalb schließe er mit dem Wunsche: Gedeihen dem Arbeiterverein von Gohlis! — Ein munterer Tanz, der bis 2 Uhr dauerte, machte den Schluß des schönen Festes, das gewiß allen Theilnehmern in langer Erinnerung bleiben wird. (Die Gladel'sche Novelle: „Revanche“ wird für die „Neue Welt“ übersetzt werden. Die Red.)

**Essen, Am 3. d. M.** hielten wir hier eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Christenthum und Sozialdemokratie“. An der Debatte theilnahmen sich auch einige Christlich-Soziale, welche aber ihre Weisheit nicht recht an den Mann bringen konnten, denn sie wurden vom Referenten, Genossen Seelig, gränzlich heimgeleuchtet. Da noch verschiedene Redner eingezeichnet und über die eingegangenen Resolutionen noch nicht diskutirt, die Zeit auch schon ziemlich vorgedrückt war, so vertagte sich die Versammlung bis zum 10. ds. Mts. — Nachdem Herr Seelig bei dieser zweiten Versammlung wiederum einen längeren Vortrag über obige Tagesordnung gehalten und die Ausführungen einiger Ultramontanen widerlegt hatte, wurde eine Resolution von der Versammlung angenommen, welche dahin ging, daß nur die Sozialdemokratie im Stande sei, die gedrückte Lage des Arbeiterstandes zu verbessern und sich der bekannten Berliner Resolution anschloß. Unwillen erregte es bei einigen Ultramontanen, als Seelig treffend bemerkte: Wir suchen unsere Partei durch Belehrung in den öffentlichen Versammlungen, Schriften u. c. zu verstärken, wenden uns mit einem Worte an den gesunden Menschenverstand, was vom heutigen Christenthum nicht gesagt werden könne. Herr Rosenkranz (Christlich-sozial) forderte noch schließlich seine Genossen auf, unsere Versammlungen zu meiden, in welchen über Religion gesprochen, bebauerte es, daß trotz unseres Programms, die Religion sei Privatfache, dieselbe in den Versammlungen hineingetragen werde. Kurz und vortrefflich erwiderte Seelig hierauf und erinnerte die Christlich-Sozialen daran, wie sie vor sechs Jahren eine Versammlung der Sozialdemokraten gesprengt und dann die Letzteren mit Bierseideln und Stöcken traktirt hätten.

Die Arbeiter sangen immer mehr an einzusehen, daß sie von den „frommen“ Herren, welche in Arbeiterfreundlichkeit machen, nichts zu erwarten haben; sie wenden sich von ihnen mehr und mehr ab und kommen dorthin, wohin sie gehören, zur Fahne der Sozialdemokratie.

**Seilbrunn, 12. März.** (Herzliche Justiz!) Wie man mit Arbeitern, welche ohne ihre Schuld arbeits- und brotlos wurden und gezwungen sind, sich durch das Land zu betteln, verfährt, beweist folgender Vorfall, der verdient, weiter bekannt gemacht zu werden. Ein Handwerksbursche wurde vor einigen Tagen in Frankenthal beim Betteln erwischt und eingestekt. Der arme Teufel mochte der Meinung sein, er werde, wenn er den Frevel (daß er nicht ruhig verhungerte) mit einigen Tagen Arrest werde abgehülft haben, wieder entlassen werden. Diese Voraussetzung war jedoch eine irrige, denn der „Bettler“ sollte an das königliche Oberamt abgeliefert und dort „bestraft“ werden. Da er jedoch in Folge der langen Reise munde Höhe hatte und nicht im Stande war, den Weg zu Fuß zurückzulegen, ein Fahrwerk jedoch nicht beschafft werden konnte (Weshalb nicht? R. d. B.), fand der Schultheiß einen Ausweg; er ließ den kranken Mann auf einen Schubkarren laden und ihn durch den Nachtwächter an das Oberamt abliefern. Damit Jedermann sehe, daß der Betreffende ein dem Gesetze Verschulden ist, schritt neben dem Schubkarren der Polizeimann. Ist dieser Vorfall nicht die prächtige Illustration zu den Deklamationen von „Humanität“, „deutscher Bildung“ u. c.? Große Spitzbuben, welche Hunderttausende geflohen, Wittwen und Waisen um ihre letzte Habe betrogen, Staatskassen ausgeleert haben u. dgl., werden auf das vornehmteste behandelt, wie dies z. B. beim gewesenen Kriegsrath Biegand in Darmstadt der Fall war, den man in der elegantesten Equipage vom Bahnhof abholte und so, vor den Blicken der Neugierigen geschützt, ins Gefängnis brachte. Der Sohn des Volkes, welcher, um seinen Hunger zu stillen, ein Stück Brod bettelt, wird, wenn er erwischt wird, wie ein todtes Kalb auf einen Schubkarren geworfen. Ein solches Vorgehen verdient ein sehr entschiedenes Pfl!

**An die Metallarbeiter Deutschlands!**  
„Collegen! In Nr. 23 des „Vorwärts“ wurde der Wunsch geäußert, die deutschen Gewerkschaften möchten sich auf der Weltausstellung in Paris vertreten lassen. Am 10. März wurde die Angelegenheit in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Klempner und Berufsvereine und der Metallarbeiter-Genossenschaft zur Sprache gebracht, und beschlossen, daß es nicht nur nützlich und zweckmäßig, sondern notwendig sei, daß die deutschen Gewerkschaften sich in Paris vertreten lassen. Den Kostenpunkt anbelangend, waren die Anwesenden darüber einig, daß die anfallenden Kosten nicht aus der Hauptkasse gedeckt werden dürfen, und es wurde der Vorschlag gemacht, zur Freitragung der nöthigen Kosten von jedem Mitgliede eine Extrasteuer zu erheben. Es wurde auch eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution eingebracht, einstimmig angenommen, und der Schriftführer beauftragt, dieselbe dem Vorstande vorzulegen.“

Collegen! bespricht diese Angelegenheit in Queren Versammlungen und Sitzungen. Wenn die Kosten von sämtlichen Mitgliedern der Gewerkschaft mit Einschluß der Klempner und Berufsvereine getragen werden, entfällt auf den Einzelnen nur ein verschwindend kleiner Betrag, welcher zu den Vorteilen, den eine Beschäftigung der Weltausstellung für die Metallarbeiter haben würde, in gar keinem Verhältniß stände.

Collegen! zeigt daß Ihr die Wichtigkeit dieses unseres Antrages begriffen habt, indem Ihr für denselben eintritet. Sache des Vorstandes würde es sein, falls die Kollegen allerorts sich einverstanden erklären, die etwaigen Resultate im „Vorwärts“ oder im „Pionier“ zu veröffentlichen. Ebenso wäre es Sache des Vorstandes mit den Kollegen in Paris sich ins Einvernehmen zu setzen. Pariser Metallarbeiter, welche uns in dieser Sache an die Hand zu gehen gelonnen sind, wollen sich an L. Schlier, Weberstraße 24 in Braunschweig wenden.  
Eöln, im März 1878.

**An die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts“ zu Donabrüd.**  
Wiederum nähert sich ein Quartal seinem Ende, Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, deshalb mit aller Kraft für die Verbreitung des

„Vorwärts“ einzutreten. Es heißt nicht allein wieder abonniren, sondern auch durch neue Abonnenten neue Kämpfer heran zu ziehen. Daß der „Vorwärts“, überhaupt die Arbeiterpresse unser bestes Kampfmittel ist und unsrer Interessen am entschiedensten vertritt, brauche ich wohl kaum zu erwähnen ebensowenig, daß die gegnerische Presse dieselben bei jeder Gelegenheit bekämpft. Thut also Eure Schuldigkeit und verbreitet den „Vorwärts“ nach Kräften. — d.

**Briefkasten**  
der Redaktion: R. J. in Fr.: Wenden Sie sich an W. Brade jun. in Braunschweig, der über denselben Gegenstand eine Broschüre herauszugeben beabsichtigt. — Gr. in Großhain: ad 1) Siehe heutige Nummer; ad 2) Können keine bestimmte Auskunft ertheilen.

der Expedition. Aug. Dreidenbach in Hildershausen: Ja! — R. Gohl in Baden: 50 Stück kosten mit Porto 1,80 Mark. — Langendorf in Barmen: Sobald die Bilder Triumph of Order von London wieder eingetroffen, machen wir solches bekannt. — E. Bornhagen in Köln: Die gewünschten Schriften kosten mit Anschluß des Pfaffenpiegels, den wir nicht haben, incl. Porto 5,10 Mfr. Es erscheint ein Hochblatt für Spengler, Broncearbeiter, Gärtler u. c. betitelt „Der Metallarbeiter“, herausgegeben von Patatz, Verlag von Lehmann und Benzel in Wien. Preis vierteljährig 3 Mfr. Das Blatt können Sie bei jeder dortigen Buchhandlung bestellen.

Der Schmiedemeister und der Schmiedegefell Ferdinand und Herrmann Hannemann, geboren in Ostpreußen, werden von ihrem Bruder ersucht, ihren jetzigen Aufenthaltsort anzugeben. Julius Hannemann, Sattler, Pringensstraße 3a, Königsberg i. Pr.

A. Dresbach! Warum bekomme ich auf meine zwei Briefe immer noch keine Antwort?  
J. Wipka, Mühlheim a. Rh., Windmühlenstraße 2 1/2.

Leistung. Für Schwab.-Gmünd M. 6,00. J. Schlr. Dresden M. 167,50. B. Schr. Hannover M. 100,00. Gr. Osnabrück M. 24,80. Engmann Rüm M. 7,25. Gew.-Ber. der Holzarbeiter M. 3,40. W. Kuf. Frankfurt M. 50,00. Wrgs. Wien Schr. 3,40. Redaktion des „Vorwärts“ London M. 14,00. Frzg. Würzburg 18,20. Rdr. Wien M. 5,00. Hgl. Berlin Schr. 5,00. Wrgz. Meilenbach Schr. 0,60. Rhl. Wildeman Schr. 12,00.

**Fonds für Gemahregelte.**  
Von Schr. Gaußsch 2,02. Vom Arb.-Verein Gohlis 25,00; do. Bahlfonds 25,00; do. Preßfonds d. „Fackel“ 15,00; do. Baufonds d. Arb.-Bild.-Verein hier 10,00.

**Jacobyfonds.**  
Von Stadlbg. Vordauz 4,00.

**Leipzig, Donnerstag, den 28. März, Abends 1/9 Uhr im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlensstr. 7:**  
**Sozialistenversammlung.**  
Tagesordnung: Vortrag über die Duntessenz des Sozialismus. Referent W. Hasenclever. Der Agent. [60]

Unserem Freunde Wagner bei seiner Ueberfiedelung von Leopoldshall nach Wölitz „glückliche Reise“. Wir wollen wünschen, daß er unsere Idee auch dort verbreitet, wie er es hier gethan. (F. 280) Mehrere Freunde.  
R. B. R. Sch. J. S.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:  
Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pf.  
Zur orientalische Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pf.  
Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Vorntan. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pf. (4a)  
Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Vorntan. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 30 Pf.  
Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pf. [5,10]

Durch uns ist zu beziehen:  
**N. Tchernychevsky: L'Économie politique jugée par la science, critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.**  
492 pages. Prix 1,50 M.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Sobald erschien im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associationsbuchdruckerei zu Berlin, Eingetragene Genossenschaft, und ist durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Das  
**Brief-Geheimniß**

vor dem  
**Deutschen Reichstag.**

Nach den amtlichen stenographischen Berichten mit einem Nachwort von

**W. Liebknecht.**  
Preis: 40 Pf.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschien und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Die  
**Sozialen Bewegungen im alten Rom**  
und der  
**Cäsarismus.**

Von  
**Soh. Mos.**  
7 1/2 Bog. broch. Preis: 1 Mfr.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Berantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Steinbüh-Leipzig. Redaktion und Expedition Köberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.